

SVP *zia*

SVP
UDC

Die Zeitung des Mittelstandes

NEIN zum Familienzulagengesetz

Das Parlament hat in der Frühjahrsession das neue Familienzulagengesetz verabschiedet. Damit wurde einmal mehr eine neue Sozialversicherung auf Bundesebene installiert. Die Mehrkosten für die Wirtschaft sind höher als die Entlastung, welche durch andere Steuerreformen erzielt wird. Deshalb sagt die SVP am 26. November 2006 klar **NEIN** zum neuen Familienzulagengesetz. Mehr dazu in dieser Ausgabe auf **Seite 6**

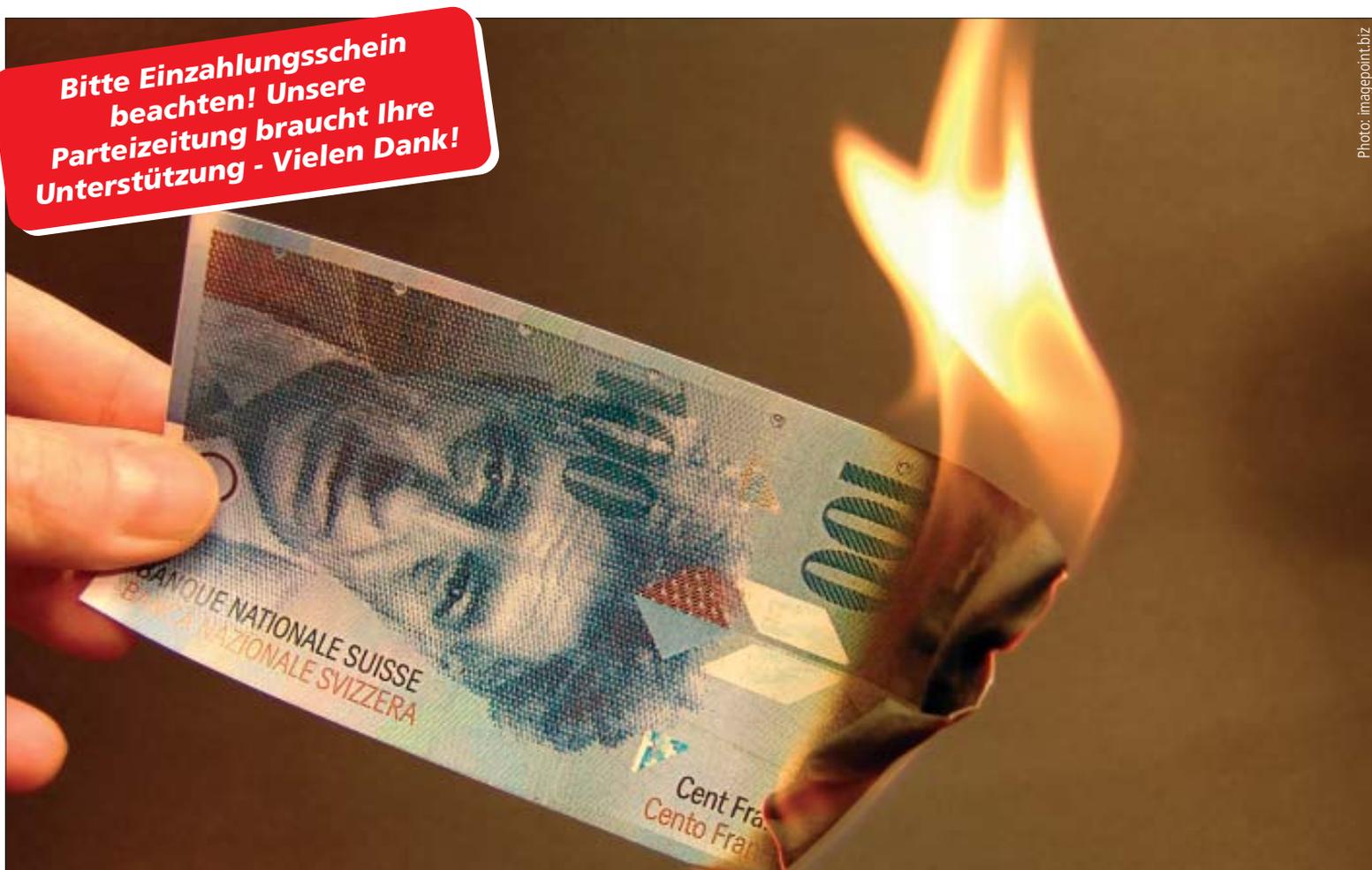


Photo: imagepoint.biz

Reduziertes Sessionsprogramm in Flims

Seite 5

Die stv. Generalsekretärin Aliko M. Panayides gibt einen Überblick über das Sessionprogramm der Eidg. Räte

Erneuerbare Rohstoffe als Chance

Seite 7

Nationalrat Hans Rutschmann über die positiven Eigenschaften von zukunftsgerichteten Treibstoffen

Die politischen Leitlinien der Armee

Seite 8 - 9

Parteipräsident Ueli Maurer und Nationalrat André Bugnon über die Position der SVP zur Schweizer Armee

Wir sehen eine Region aufblühen.

Obwohl Graubünden eine der schönsten Regionen der Schweiz ist, kehren immer mehr junge Rätromanen ihrer Heimat den Rücken. Sie sehen wenig Perspektiven für ihre Zukunft. Microsoft engagiert sich in Zusammenarbeit mit der lokalen Verwaltung und der Wirtschaft, den romanischsprachigen Gebieten neue Impulse zu geben. Mit einer Version von Microsoft Office auf Rumantsch bekräftigt Microsoft ihr Engagement. Wir glauben an das Potenzial von Graubünden und engagieren uns für die kulturelle Vielfalt der Schweiz.

www.microsoft.ch/potential



Your potential. Our passion.

Microsoft

© 2010 Microsoft Corporation. Alle Rechte vorbehalten. Microsoft und Your Potential. Our Passion. sind eingetragene Marken der Microsoft Corporation in den USA und/oder anderen Ländern.



Sollen wir immer mehr bezahlen?

Und wieder stehen uns Abstimmungsvorlagen ins Haus, mit denen uns das Geld aus der Tasche gezogen werden soll. Im November sollen wir zum einen Ja zu einer Vorlage sagen, mit der ein Grundsatzentscheid für künftige Milliardenzahlungen an die EU verankert wird. Zum anderen sollen wir zum Ausbau der Kinderzulagen Ja sagen. Dass davon primär das Ausland profitieren wird, scheint kaum jemanden zu interessieren. Dabei werden schon heute

ein grosser Teil der Kinderzulagen an im Ausland lebende Kinder bezahlt. Dennoch sollen wir unter dem Titel Solidarität und Familienförderung einfach mehr ausgeben und in jedem Fall nicht genau hinsehen.

Die Umverteilung hat System. Leider scheinen sich viele auch daran zu gewöhnen. Immer mehr Leute gewöhnen sich daran, am Tropf des Staates zu hängen. Die Bundesschulden und die finanzpolitischen Sündenfälle sind zum *courant normal* geworden. Dieselben Generationen, denen wir mit höheren Kinderzulagen mehr Startchancen einzuräumen glauben, werden uns später mal entsetzt fragen: Was habt Ihr Euch dabei gedacht, uns einen solch riesigen Schuldenberg zu hinterlassen?

Die SVP konnte mit dem Abstimmungssieg zum revidierten Asyl- und neuen Ausländergesetz einen erfreulichen Sieg erringen und in diesem wichtigen wichtigen Politikfeld eine wesentliche Änderung herbeiführen. Unser Ziel muss es nun aber sein, auch in der Finanzpolitik das Ruder herum zu reissen und eine Abkehr von der unseligen Schuldenmacherei und dem verheerenden Giesskannenprinzip zu erreichen. Wir schulden es unserem Land und den kommenden Generationen, dass wir wieder lernen, mit dem Geld haushälterisch umzugehen und Nein zu sagen, wenn eine Vorlage ein Nein verdient. Es darf keine Freipässe fürs Geldausgeben wie bei den Kohäsionszahlungen mehr geben. Und es darf auch keinen unfinanzierbaren Ausbau der Sozialwerke wie bei der Neuregelung der Kinderzulagen mehr geben. Der erste Schritt dazu ist ein doppeltes Nein im November.

Nationalrat Ueli Maurer, Parteipräsident SVP

Freiwilliger Abonnementsbeitrag

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!



Eine informative und aktuelle Parteizeitung ist die Grundlage, um alle Mitglieder und Sympathisanten der SVP stets auf dem Laufenden zu halten.

Die Produktion und der Vertrieb dieser Zeitung sind jedoch mit hohen Kosten verbunden. Insbesondere die Taxen der Schweizerischen Post für den Versand der rund 55'000 Zeitungen steigen praktisch von Jahr zu Jahr!

Deshalb liegt dieser Ausgabe ein Einzahlungsschein bei. Wiederum haben Sie so die Möglichkeit, einen freiwilligen Abonnementsbeitrag oder eine Spende zu überweisen. Wie üblich garantieren wir Ihnen, dass Ihr Beitrag vollumfänglich für die Parteizeitung SVPja eingesetzt wird.

Selbstverständlich ist es auch jederzeit möglich, die Parteizeitung mit einem Inserat zu unterstützen.

Die aktuellen Inseratepreise finden Sie auf unserer Homepage www.svp.ch.



Georges Bärfuss aus Thun

„Was Wille will und Sprecher spricht, das tue gern und murre nicht!“ Niemand, der diese Aufforderung noch von Aktivdienstveteranen von 1914 bis 1918 gehört hat, General Ulrich Wille und Generalstabschef Theophil Sprecher zu gehorchen, wird den Satz vergessen. Wille starb am 31. Januar 1925, Sprecher am 6. Dezember 1927.

Die Präsidenten von National- und Ständerat versäumten es, Sprecher in der Session zu ehren. Das wollte einem Veteranen aus Thun nicht behagen: Er schickte der Zeitung „Der Bund“ fünf Franken und einen Leserbrief, der anregte, im Eingangsbereich des Bundeshauses („so dass die Herren daran vorbeigehen müssen“) eine Büste dieses „braven Eidgenossen“ aufzustellen und dafür Geld zu sammeln. So kam es, dass der Vorsteher des EMD Karl

Scheurer am 1. August 1928 die Büste Sprechers, zusammen mit einer Wille, im Entré des Bundeshauses Ost einweihen konnte. Nach dem Aktivdienst 1939 bis 1945 ist eine Büste General Henri Guisans dazu gekommen und später, um die Serie der durch die Vereinigte Bundesversammlung gewählten Generäle zu komplettieren, auch solche Guillaume Henri Dufours und Hans Herzogs.

Die Leistungen der nunmehr fünf durch republikanisch bescheidene Denkmäler geehrten Schweizer sollen auch in Zukunft nicht in Vergessenheit geraten! Die drohende Entfernung der Büsten - Unverstand kennt kaum Grenzen - konnte abgewendet werden. Die bronzenen Charakterköpfe werden sogar, am kommenden 18. Oktober, in neuer Beleuchtung den Besucherinnen und Besuchern des Bundeshauses Ost zurückgegeben. An treu erfüllte Pflicht darf, ja soll auch heute erinnert werden, getreu dem Vermächtnis eines Mannes, der vor fast 80 Jahren dafür hervortrat und damals seinen Namen bescheiden hinter einem Kürzel versteckte. Dieser Name steht stellvertretend für jenen alten schweizerischen Bürgersinn, ohne welchen wir in diesem Land keine politische Zukunft haben werden, die zu haben sich lohnt. In diesem Sinne sei er hier genannt: **Georges Bärfuss aus Thun!**

Bundesrat Samuel Schmid



Nationalrat Christophe Darbellay
Präsident CVP Schweiz

Der Zauberlehrling

Der **FETTNAFF DES MONATS** geht an den neuen Parteipräsidenten der CVP, **Nationalrat Christophe Darbellay**. Kurz bevor er offiziell zum neuen Präsidenten der CVP Schweiz gewählt wurde, verteidigte er Aussenministerin Calmy-Rey gegenüber der Kritik der SVP. Sie verdiene für ihre bisherige Leistung mehr Lob als Kritik. Kurz nachdem er offiziell zum neuen Präsidenten der CVP Schweiz gewählt wurde, wurde er selbst zum Kritiker. An SVP-Bundesrat Blocher. Christophe Darbellay, frischgebackener Leader der CVP und dynamischer Naturbursche, ehrgeizig und nach Doris Leuthard nun der Zauberlehrling der Partei, der für sich selbst das Bundesratsamt keineswegs ausschliesst. Oder sich ansonsten auch einen Sitz im Walliser Regierungsrat vorstellen kann ab 2009. Er habe bisher nie für Blocher gestimmt und werde das auch künftig nicht tun. Er habe nichts gegen Blocher als Mensch, aber dieser habe sich an bundesrätliche Spielregeln zu halten und könne nicht ständig Opposition betreiben im Gremium.

Bundesrat Blocher muss an dieser Stelle nicht verteidigt werden. Aber was will Darbellay mit seiner Aussage? Immerhin besteht Hoffnung, dass die CVP-Bundesratspolitik mit Frau Leuthard einen Zacken bürgerlicher wird. Und mehr als ein Profilierungsversuch wird Darbellays Kommentar zu Blocher nicht gewesen sein. Allerdings ein unglücklicher. Die CVP ist, sozusagen, noch immer im orangen Bereich. Flott und fesch sein alleine bringt keine Früchte auf Dauer. Aber das weiss Darbellay insgeheim auch. Hat er doch versprochen, die CVP „dürfe nie mehr auf einem Zahnbürsteli-Niveau politisieren“. Und dann, kurz vor Beginn der Session in Flims, hat Darbellay wieder gepunktet: er hat in der Funktion als Jäger seine erste Gämse im Wallis erlegt.

Fazit: besser geschossen als gebrüllt. Aber wir sind zuversichtlich.



Flem s'allegra da la visita dal parlament federal!

Die eidgenössischen Räte tagen bei einem reduzierten Sessionsprogramm in Flims und nehmen sich für einmal Zeit für die Fragen, die sich in einer Tourismus- und Randregion stellen. Nachmittagsausflüge und Rahmenprogramme stellen sicher, dass von der lokalen Bierbrauerei bis zur Porta Alpina alles begutachtet werden kann.

Raum für Informelles und Improvisation

Während die Bundesräte im Bundeshaus in Bern von ihren Weibern begleitet stramm vom Büro zum Ratssaal und wieder zurück eilen, ist das Protokoll in Flims lockerer. Da gelingt schon mal einem Besucher ein Schnappschuss von einem Bundesrat im informellen Gespräch mit Parteikollegen. Da auch die Technik nicht immer ganz so tut, wie sie sollte, läuft zudem vieles gemächlicher als sonst. Nach langen Testversuchen mit der Abstimmungsanlage im Nationalrat (Testfrage: Sprechen Sie Romanisch?!) blieb schliesslich nur die Rückkehr zum guten alten System des Aufstehens für Ja und Sitzenbleibens für Nein. Die Stimmzähler sind damit in dieser Session für einmal wirklich gefordert. Gefordert ist auch das Militär, das die Pager ersetzt. Soll ein Ratsmitglied aus dem Saal geholt werden, betätigt sich ein Soldat als Nachrichtenübermittler. Bei all dem bleibt Raum und Zeit, sich mit diesem und jenen nicht nur über die anstehenden Geschäfte, sondern auch über die einladenden Parkanlagen und die rätoromanischen Beschriftungen zu unterhalten.

Und natürlich ein Medienereignis

Zwar ist die Medientribüne im Nationalratssaal meist leer,

dafür sind umso mehr Kamerateams auf dem Gelände und rund um die Hotels, wo die Parlamentarier logieren, zu finden. Die Büros der Medienschaffenden sind zwar an bester Lage auf dem Gelände untergebracht, während die Fraktionssekretariate ausgelagert wurden. Dennoch berichtet die Presse lieber über Soft News als über die politischen Inhalte. Wer kann es verdenken bei dem reduzierten Sessionsprogramm.

Geldregen für den Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz

Verschiedene Vorstösse, aber auch die Ausführungsgesetzgebung zur neuen Finanzordnung (NFA) tragen dazu bei, dass die Diskussionen um Bildung und Forschung die aktuelle Session prägen. Die Mehrheit in den Räten wählte dabei den einfachsten Weg, nämlich möglichst viel Geld für diese Bereiche zu sprechen. Dies obwohl uns die Geschichte lehren müsste, dass das Problem nicht primär beim Geld liegt. Die Gespräche mit den Unternehmungen und Forschungsinstituten zeigt klar auf, dass die Fehler im Bildungssystem nicht bei den fehlenden Mitteln liegen. Neugier, Experimentierfreude und Wissensdurst haben der Bequemlichkeit Platz gemacht. Universitäten und Fächer werden nach den Kriterien ausgewählt, wo es am einfachsten und lockersten ist. Diese Entwicklung verdanken

wir Jahren fehlgeleiteter Pädagogik und sie lässt sich nicht mit Geld wettmachen. Leider machen die Räte die gleichen Fehler wie viele Eltern: Sie beschränken sich darauf, den Lernenden ein paar Franken in die Tasche zu stecken anstatt sich Zeit zu nehmen, die Probleme der Jugendlichen zu lösen. Zu begrüssen ist immerhin, dass mit dem Ja zu einem eigentlichen Departement für Bildung und Forschung der Wille bekundet wird, für eine bessere Koordination in diesem Bereich zu sorgen.

Ringens um eine starke Armee

Mit einem deutlichen Ja zum Rüstungsprogramm setzte der Ständerat ein klares Signal für eine starke Armee und verwies die linken Visionen einer Weltpolizei als Ersatz der Landesverteidigung in die Schranken. Mehr Kontroversen gab hingegen die Armeeorganisation, die im Nationalrat traktandiert war. Zwar ist man sich auch hier bei den bürgerlichen Parteien einig: Man will eine starke Armee. Aber welche Mittel und Wege dazu führen und in welcher Kadenz allfällige Reformen erfolgen sollen, war Gegenstand intensiver Debatten. Wie weit ist die Interoperabilität Mittel oder Ziel? Wie viel Kooperation braucht die Schweizer Landesverteidigung, um Sicherheit produzieren zu können? Dies waren die Fragen, die sich die SVP Fraktion stellte. Bei allen Debatten blieb aber eines klar: Die



Letzte Session

Mit diesem Sessionsrückblick endet meine Tätigkeit als stv. Generalsekretärin und Fraktionssekretärin der SVP Schweiz. Mit einem weinenden und einem lachenden Auge verlasse ich im Oktober das Generalsekretariat und übernehme die Geschäftsführung der SVP des Kantons Bern.

Ich möchte an dieser Stelle all jenen danken, die meine Arbeit mit kritischen oder auch wohlwollenden Kommentaren begleitet haben. Gerne hoffe ich auch bei meiner künftigen Aufgabe auf Ihre geschätzten Rückmeldungen.

Aliko M. Panayides

Schweiz braucht gerade heute eine starke Armee und eine solche Armee braucht die notwendigen Mittel. Sie braucht aber auch die breite Zustimmung der Bevölkerung. Die SVP begrüsst daher insbesondere die Bemühungen von Bundesrat Schmid, vermehrt Truppenübungen durchzuführen. Die Fraktion war aber auch der Überzeugung, dass die Armeeumbauschritte nicht der Mitbestimmung des Stimmbolkes entzogen werden dürfen, um die Armee XXI und folgende so breit wie möglich abzustützen. ◀

Familienzulagengesetz: Noch mehr Umverteilung ins Ausland

Das Parlament hat in der Frühjahrsession das neue Familienzulagengesetz (FamZG) verabschiedet. Damit wurde einmal mehr eine neue Sozialversicherung auf Bundesebene installiert. Die Mehrkosten für die Wirtschaft sind höher als die Entlastung, welche durch andere Steuerreformen erzielt wird. Unter dem Strich bedeutet dies, dass die Löhne unter Druck geraten.

Heute sind die Familienzulagen kantonal geregelt, und diese Regelung hat sich bewährt, da eine optimale Abstimmung auf die unterschiedlichen steuerlichen und regionalen Bedürfnisse gewährleistet ist. Die in der Schweiz ausbezahlten Kinderzulagen liegen in allen Kantonen weit über dem europäischen Durchschnitt. Mit der neuen zentralistischen Kinderzulagenregelung, der eine knappe Mehrheit der eidgenössischen Räte, entgegen dem Willen der SVP-Fraktion, zugestimmt hat, würde unser gut funktionierendes System gefährdet.

Nicht einmal die bestehenden Sozialwerke sind gesichert

Alters- und Hinterlassenenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Berufliche Vorsorge, Ergänzungsleistungen, Erwerbsersatzordnung, Invalidenversicherung, Krankenversicherung, Militärversicherung, Mutterschaftsversicherung, der Bund verfügt über eine breite Palette an Sozialwerken – die allermeisten stecken bereits heute in akuten Finanzierungseingängen. So schreibt etwa die IV jeden Tag 5 Millionen Defizit. Der aktuelle Schuldenstand beträgt gar 8 Milliarden Franken. Auch die AHV erreicht den gesetzlich vorgeschriebenen Fondsbestand in der Höhe einer Jahresausgabe bei weitem nicht. Spätestens 2012 wird sie daher in einen Liquiditäts-

engpass gelangen. Die Arbeitslosenversicherung schrieb in den letzten 3 Jahren 5 Milliarden Defizit. Auch die durch die Einführung der Mutterschaftsversicherung über Gebühr belastete Erwerbsersatzordnung für Armeeinghörige muss in den nächsten 3 Jahren mehr Beiträge verlangen, damit ihr nicht das Geld ausgeht. Schliesslich steigen in den Gemeinden die Sozialhilfekosten ins Unermessliche, und auch die Krankenkassenprämien erhöhen sich jedes Jahr um 5-6%, so dass nicht einmal mehr der Mittelstand die Prämien bezahlen kann.

Trotz den bestehenden Finanznöten ruft die Linke und leider auch die CVP pausen- und konzeptlos nach neuen Sozialleistungen. Es wäre eine grosse Dummheit, weitere Sozialwerke und damit Mehrausgaben zu schaffen, wenn nicht einmal die bestehenden finanziert sind.

Die Kinderzahl im Ausland erhöhen?

Familienzulagen sind da, um die Familien in der Schweiz zu unterstützen. Doch ein wesentlicher Teil der Zulagen wird ins Ausland exportiert. Denn mit unseren überdurchschnittlichen Kinderzulagen lässt sich im Ausland fürstlich leben – alles auf Kosten der Schweizer Arbeitgeber!

Bereits heute werden 230'000 Kinderrenten ins Ausland ausbezahlt. Im Klartext: Jedes Jahr verlieren wir eine halbe Milliarde Franken an Kaufkraft im Inland, weil wir enorme Summen an Kinderzulagen ins Ausland exportieren. Mit dem Gesetz würde noch mehr Kaufkraft ins Ausland abfließen.

Im Ausland lebende Kinder von Arbeitslosen erhalten neu Kinderzulagen!

Mit dem Export von Familienzulagen wird dem Sozialmissbrauch Tür und Tor geöffnet. Denn kein Arbeitgeber kann nachprüfen, ob die Kinder, für welche er monatlich Beiträge entrichtet, im Ausland auch wirklich existieren. Gerade Arbeitnehmer aus Ländern, welche eine massiv geringere Kaufkraft aufweisen, haben grosse Anreize, mehr Kinder anzugeben als sie wirklich haben.

Weil auch Arbeitslose neu in den Genuss von staatlichen Kinderzulagen kommen, ist besonders stossend, dass neu auch Steuergelder eingesetzt werden, um im Ausland lebende Kinder von Arbeitslosen zu unterstützen.



► Nationalrat Marcel Scherer, Hünenberg (ZG)

Nein zum verfehlten Familienzulagengesetz

Einmal mehr wird mit dem Familienzulagengesetz eine neue Giesskanne geschaffen, welche praktisch ohne soziale Wirkung ist und dafür umso höhere Kosten verursacht – blosser Familienpopulismus also. Die Wirtschaft, welche bereits heute 4 Milliarden Franken pro Jahr an Familienzulagen zahlt, wird mit zusätzlichen 600 Millionen Franken pro Jahr belastet. Dadurch kommen die Löhne unter Druck und es entsteht ein neues Sozialwerk auf Bundesebene, obwohl bereits die bisherigen in grossen Finanzierungseingängen stecken.

Ich ermuntere Sie daher, stimmen Sie am 26. November deutlich Nein zum neuen Familienzulagengesetz. Anstelle von neuen Giesskannen, welche unseren Lohn ins Ausland umverteilen, wollen wir lieber durch steuerliche Anreize eine wirksame Entlastung der Schweizer Familien sicherstellen. ◀

Chance für Treibstoffe aus erneuerbaren Rohstoffen

Die eidgenössischen Räte behandeln gegenwärtig eine Vorlage zur Änderung der Gesetzgebung über die Mineralölsteuer. Auslöser war dabei eine Motion aus der nationalrätlichen Umwelt- Raumplanungs- und Energiekommission (UREK). Dabei soll die Besteuerung des als Treibstoff zu verwendenden Erd- und Flüssiggases um 40 Rappen pro Liter Benzinäquivalent gesenkt werden. Treibstoffe aus erneuerbaren Rohstoffen wie z.B. aus Biogas, sollen ganz steuerbefreit werden. Dies mit dem Ziel, den CO₂-Ausstoss und die Luftschadstoffbelastung im Strassenverkehr zu senken.

Allerdings sollen die zu erwartenden Steuerausfälle kompensiert werden. So ist vorgesehen, dass der Gesamtertrag aus der Treibstoffbesteuerung insgesamt gleich bleibt. Dadurch würde weder der Bundeshaushalt noch die Wirtschaft insgesamt zusätzlich belastet. Die Steuerentlastung führt jedoch zu einer Höherbesteuerung des Benzins in der Grössenordnung von ca. 1-2 Rappen.

Grundlage der Vorlage ist das CO₂-Gesetz aus dem Jahre 1999. Dies schreibt vor, dass die CO₂-Emissionen aus fossilen Treibstoffen bis ins Jahr 2010 um 8 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden müssen. Zur Erreichung der Reduktionsziele sieht das CO₂-Gesetz in erster Linie freiwillige Massnahmen vor. Sollten diese nicht zum Ziel führen, besteht die Möglichkeit einer CO₂-Abgabe. Bei den fossilen Brennstoffen hat sich der Bundesrat bekanntlich bereits für eine CO₂-Abgabe entschieden. Diese geplante Abgabe führte im Parlament bereits zu ausgedehnten Diskussionen. Die SVP wehrte sich gegen diese neue Steuer mit dem Argument, dass die massiv höheren Heizölpreise eine CO₂-Abgabe bereits vorweggenommen haben.

Für die Treibstoffe hat der Bundesrat entschieden, den

freiwilligen Massnahmen eine echte Chance einzuräumen. So wird seit dem 1. Oktober 2005 auf Benzin und Dieselöl ein sog. Klimarappen erhoben. Dieser Klimarappen wird durch die Privatwirtschaft mittels einer Stiftung organisiert. Der Erlös von jährlich rund 100 Millionen Franken wird für Projekte zur Reduktion des CO₂-Ausstosses verwendet. Dazu gehören u.a. auch Anstossfinanzierungen für energetische Sanierungen von Gebäuden.

Chance für unsere Landwirtschaft

Durch den Einsatz von Gas-treibstoffen kann ebenfalls ein Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen im Verkehrs-bereich geleistet werden. Das gleiche gilt für die Verwendung von Treibstoffen aus erneuerbaren Rohstoffen, wie beispielsweise Ethanol. Auch diese Treibstoffe haben einen positiven Einfluss auf die CO₂-Bilanz. Die zur Diskussion stehende Gesetzesänderung mit einer Steuerbefreiung für Treibstoffe aus erneuerbaren Rohstoffen ist zudem auch eine Chance für die Landwirtschaft. Die Energiegewinnung aus Biomasse wird in Zukunft vermehrt an Bedeutung gewinnen. Beispielsweise beim Ethanol, welches aus Zuckerrüben gewonnen

wird. Das übrigens nicht nur in der Schweiz. So haben sich die Weltmarktpreise für Zucker wegen der Nachfrage nach Ethanol annähernd verdoppelt. Heute hat die Versorgung mit Energie vielerorts bereits einen ähnlichen Stellenwert wie die Nahrungsmittelproduktion. Allerdings ist es illusorisch zu glauben, der inländische Treibstoffbedarf könnte aus einheimischer agrarischer Produktion nur annähernd gedeckt werden. Sodann gilt auch hier das gleiche Prinzip wie beim Einsatz von erneuerbaren Energien bei der Stromproduktion. Alle technisch und wirtschaftlich sinnvollen Möglichkeiten sind auszuschöpfen. Das sich in den nächsten Jahren verschärfende Energieproblem kann jedoch nicht ausschliesslich mit erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden.

SVP gegen finanzielle Mehrbelastungen der Bürger

Bereits im Rahmen der CO₂-Debatte hat die SVP klar signalisiert, dass sie sich gegen zusätzliche fiskalische Belastungen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft ausspricht.

Die Wirtschaft, die Hauseigentümer, die Mieter aber



► NR Hans Rutschmann, Rafz (ZH)

auch die Autofahrer brauchen keine neue, zusätzliche Belastung. Die Wirtschaft und die Bevölkerung werden bereits heute finanziell immer stärker belastet und dies zunehmend auch im Energiebereich. So sieht beispielsweise das Stromversorgungsgesetz Abgaben von ca. 165 Mio. Fr. für die Förderung erneuerbarer Energien vor. Bereits beschlossen wurde der Klimarappen I von 1,6 Rappen pro Liter Benzin und Diesel sowie verschiedene weitere Förderprogramme auf allen Ebenen. Sodann leisten auch die Autofahrer bereits heute einen grossen Beitrag an die Bundeskasse. Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer und dem Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen betragen jährlich ca. 5 Milliarden Franken, was ungefähr zehn Prozent der Bundeseinnahmen ausmacht.

Energiepreise – wichtig für unsere Wirtschaft

Die SVP setzt sich für die Nutzung aller sinnvollen erneuerbaren Energien im Interesse unserer Umwelt ein. Dazu gehört auch die Treibstoffproduktion aus Biomasse. Allerdings darf dabei die volkswirtschaftliche Bedeutung der Energiekosten nicht vernachlässigt werden. Die Schweiz verfügt nur über wenig eigene Rohstoffe. Eine unnötige Verteuerung der Energie- und Transportkosten können wir uns nicht leisten. ◀

Die politischen Leitlinien der Armee

Die Armee hat in der Politik der SVP seit jeher einen hohen Stellenwert. So hat unsere Partei auch die Armee 95 – trotz Vorbehalten – unterstützt. In den letzten Jahren hat die SVP verschiedene Grundsatzpapiere zur Armee und deren Umbau erarbeitet.

Dazu gehört im Rahmen der Diskussion um die Armee 95 unter anderem der Bericht „Strategischer Wandel“, verfasst im Jahr 1998 vom damaligen Nationalrat Christoph Blocher. 2004 hat sich die SVP an einem Sonderpartei-tag in Schaffhausen dem Thema Armee gewidmet und vor zehn Monaten das damals verabschiedete Papier „Für eine bedrohungsgerechte Milizarmee“ überarbeitet und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Verschiedene Mängel, auf die wir dabei hingewiesen haben, wurden in der Zwischenzeit behoben. Die Milizarmee und ihre Kader, aber auch die Instrukturen, haben ihr Bestes gegeben. Nach wie vor fehlt unserem Land jedoch eine klare sicherheitspolitische Strategie. Bundesrat und Parlament sowie die Spitze der Armee weigern sich hartnäckig, die Grundlagen zu überarbeiten und einen transparenten Entscheidungsprozess durchzuführen. Vertreter des VBS haben eine Diskussion über die Bedrohung und die Ausrichtung der Armee gar als „gefährlich“ bezeichnet. Das ist in einem Land mit direkter Demokratie, in dem der Bürger auch Soldat ist, eine absolut unverständliche Aussage. Die Armee ist das Machtinstrument unserer Sicherheitspolitik. Um die Armee richtig auszubilden und ihr zeitgerecht die notwendigen personellen und finanziellen Mittel zuzuführen, ist die Bedrohungslage neu zu definieren. Diese Arbeit wurde nicht in genügendem Umfang gemacht. Man zitiert sich gerne selbst und verweist auf frühe-

re Papiere. Das genügt nicht. Die SVP fordert eine gründliche Überarbeitung des Sicherheitspolitischen Berichtes und eine Analyse der aktuellen, sich ständig ändernden Bedrohung. Unserer Meinung nach beharrt man zu stark auf den Grundlagen vor dem 11. September (Terroranschläge in den USA) und zu wenig auf den nun sichtbar werdenden neuen Bedrohungsformen.

In den nächsten Monaten berät das Parlament wiederum eine Reihe von wichtigen militärischen Vorlagen. Es sind dies das **Rüstungsprogramm** und die militärischen **Immobilienkredite**, den so genannten **Entwicklungsschritt 08/11** und die folgende Gesetzesvorlage für **Wiederholungskurse im Ausland**. Fragen also, bei denen traditionsgemäss um die Ausrichtung der Militärpolitik gerungen wird. Ich erinnere beispielsweise an die Debatte über die Armee 61, die Armee 95 oder die grossen Beschaffungen von Panzern oder Flugzeugen.

Der Verfassung verpflichtet

In Zeiten des Umbruchs tut man gut daran, sich an den Grundlagen zu orientieren. Die Bundesverfassung schreibt in Artikel 58 den Auftrag der Armee fest. Es wird im Wesentlichen festgehalten, dass die Armee nach dem Milizprinzip funktioniert, der Kriegsverhinderung dient, zur Erhaltung des Friedens beiträgt und das Land und seine Bevölkerung verteidigt. Ferner kann sie die zivilen Behör-

den unterstützen. Auch das Militärgesetz hält in Artikel 1 die Aufträge der Armee wie folgt fest: **1. Sie verteidigt** die Schweiz und ihre Bevölkerung und trägt zu deren Schutz bei. **2. Sie unterstützt** die zivilen Behörden, wenn deren Mittel nicht mehr ausreichen... **3. Sie leistet Beiträge** zur Friedensförderung im internationalen Rahmen. Der Verteidigungsauftrag ist somit in Verfassung und Gesetz ohne jegliche Einschränkung gefordert.

Die Armeeführung scheint das Primat der Politik zu missachten und hat den Verteidigungsauftrag uminterpretiert. Ob die Armee das Land verteidigt und die Bevölkerung schützt, oder ob sie den Raum sichert und einen militärischen Angriff abwehrt, sind zwei verschiedene Dinge. Offensichtlich basieren der so genannte Entwicklungsschritt 08/11, der in Tat und Wahrheit eine gewaltige Armeereform darstellt sowie die Beschaffungen auf dieser Interpretation der Armeespitze. Damit wird unter anderem auch der Grundsatz der dauernden bewaffneten Neutralität unseres Landes ausgehöhlt.

Milizarmee

Mit Besorgnis stellen wir fest, dass man sich in der Armeeführung immer weiter vom Verfassungsgrundsatz der Milizarmee entfernt. Das hängt damit zusammen, dass der Drang unserer höchsten Militärs ins Ausland nach wie vor ungebrochen ist. **Unsere Milizarmee kann aber nur**

stark sein, wenn sie im Volk verankert bleibt und von diesem getragen wird. Praktisch alle militärischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass eine motivierte Miliz, die das Land verteidigen will, gegen moderne und gut ausgerüstete Armeen bestehen konnte. Der Drang zur Anpassung an Nato-Strukturen wurde und wird durch die Armeeführung vorangetrieben. Diese Entwicklung ist verbunden mit einer zunehmenden Professionalisierung, die aber offensichtlich auch von den Berufskadern immer weniger mitgetragen wird. Statt dem Glanz des Internationalismus zu verfallen, würde man sich besser auf die Stärken der Miliz besinnen, so wie das die Stimmbürger in der Verfassung festgelegt haben. Die Sicherheit durch Kooperation ist vor allem im Innern zu fördern. Hier wurden ohne Not Lücken in Kauf genommen.

Im Parlament, Bundesrat und in der Armeeführung muss man sich gut überlegen, ob tatsächlich die politische Linke die richtige Partnerin für den Umbau der Armee ist. Erfolgreich hat diese längst mehr als eine Halbierung der Armee erreicht und geht geplant und gut orchestriert an die Entwaffnung der Wehrmänner mit der Abgabe der Waffe. Die unverhohlene Freude über den nächsten Reformschritt wird unterlegt mit neuen Kürzungsanträgen am Budget. Die SVP dagegen ist bereit, einer Armee, die den verfassungsmässigen Auftrag erfüllt, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Selbst dann, wenn diese höher liegen sollten als die aktuellen Budgets.

**Nationalrat Ueli Maurer,
Parteipräsident SVP,
Wernetshausen (ZH)**

VBS-Versuchsballon „WK's im Ausland“: NEIN danke!

Am 16. Juli 2006, mitten in den Sommerferien, liess das VBS in der Sonntagspresse den Versuchsballon „WK's im Ausland“ steigen, um die Reaktionen der verschiedenen Parteien zu prüfen. CVP und FDP reagierten reflexartig zustimmend, womit das Geschäft unverändert dem Bundesrat vorgelegt wurde. Am 23. August 2006 hat der Bundesrat beschlossen, die Revision der Militärgesetzgebung in die Vernehmlassung zu geben. Diese sieht unter anderem auch Wiederholungskurse im Ausland vor.

Angehörige der Panzertruppen, der Artillerie sowie der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen sollen künftig zu Übungen im Ausland aufgeboten werden. Diese Ausland-WK's werden bis zu sechs Wochen dauern. In der Regel sollen die entsprechenden Angehörigen der Armee zwar nur zu einer einzigen solchen Übung aufgeboten werden, doch im Militärgesetz würde ein Obligatorium für militärisches Personal zur Leistung von Auslandseinsätzen statuiert. Die SVP wird diese Ideen der Armeepaner in der Vernehmlassung und auch später im Parlament ablehnen und bekämpfen.

Primäre Aufgabe der Armee ist es, das eigene Land und die eigene Bevölkerung zu verteidigen. Was macht es aus, dass unsere Panzertruppen oder Fliegerabwehrtruppen einem möglichen, technisch überlegenen Angreifer, standhalten können? Es sind die Geländekenntnisse, die Kenntnisse von Topografie und Geografie sowie die Verbundenheit mit der Bevölkerung. Das war schon immer so und das wird sich auch in Zukunft nie ändern. Beste Beispiele dafür sind die Kriege in Afghanistan oder im Vietnam, wo sich die Grossmächte an den Einheimischen, die mit dem Gelände, der Witterung und dem Volk vertraut waren, die Zähne ausgebissen haben. Genau dieser unschlagbare Vorteil geht verloren, wenn Panzer-



► Bundesrat Samuel Schmid soll auch in Zukunft für Truppenbesuche nicht ins Ausland fliegen müssen!

truppen demnächst in Schweden oder die Artillerie in Frankreichs Hochebenen üben müssen. Es ist also schlicht nicht wahr, wenn heute behauptet wird, der Auftrag der Armee könne nur noch mit Trainings im Ausland wahrgenommen werden.

Die Begründung der Armeespitze, die Schweiz sei zu klein für Armeeübungen geworden, ist eine Kapitulationserklärung. Eine Armee, die im eigenen Land nicht mehr üben kann, kann es im Ernstfall auch nicht verteidigen. Mit Milliarden von Steuerfranken wurden in den letzten Jahrzehnten überall in der Schweiz Übungsanlagen gebaut. Millionen Rüstungsgelder wurden in Simulatoren investiert und diese gegenüber dem Parlament stets hoch gelobt. Es gilt nun, primär die eigenen Übungsanlagen auszulasten, nicht die ausländi-

schen. Das sind wir dem Volk schuldig, welches die Rüstungskredite jeweils berappen muss.

Vor nicht einmal 15 Jahren fanden in der Schweiz noch fast jährlich Grossmanöver mit Zehntausenden von Soldaten statt. Das ging jeweils problemlos. Seither ist die Schweiz nicht kleiner geworden. Doch die Grossmanöver wurden Mitte der Neunziger Jahre eingestellt, womit der Kontakt und die Nähe der Armee zum Volk nach und nach verloren gingen. Über die Entfremdung zwischen der Armee und dem Volk dürfen Umfrageergebnisse nicht hinweg täuschen, welche uns Glauben machen wollen, das Volk stünde hinter der Armee wie noch selten zuvor. Der Schein trägt. Denn viele Schweizer, die in dieser Armee nicht mehr gebraucht werden, finden die Armee na-



► Nationalrat André Bugnon (VD)

türlich gut, solange sie nicht mehr jährlich Dienst leisten müssen. Und von denen gibt es immer mehr.

Gemäss Militärgesetz leistet die Armee Beiträge zur Friedensförderung im internationalen Rahmen. Der Begriff „Beiträge“ setzt einen Einsatz im Ausland nicht zwingend voraus. Deshalb muss auch nicht im Ausland geübt werden. Zudem birgt die Vorlage aus dem VBS die Gefahr, dass plötzlich WK-Soldaten für die personalintensiven Auslandseinsätze verwendet werden. Die SVP ist auch überzeugt, dass sechswöchige WK's im Ausland von der Wirtschaft und dem Gewerbe nicht mitgetragen würden. Vorwiegend kleine und mittlere Unternehmen sind zudem darauf angewiesen, dass die Soldaten während des WK's gut erreichbar sind.

Die Armee muss das eigene Land und die eigene Bevölkerung verteidigen, vorwiegend bei Bedrohungen der inneren Sicherheit bereit sein und Katastrophen im eigenen Land bewältigen können. Dass dies im Ausland besser geübt werden kann als im eigenen Land, wäre ja ein hochgradiges Eingeständnis der Schwäche. Daran glaube ich nicht. Deshalb kommen für mich Armeetrainings im Ausland nicht in Frage, mit Ausnahme der Piloten, die für Überschallflüge schon seit jeher im Ausland üben konnten und dies auch weiterhin dürfen. ◀

Milliardenzahlungen ohne Ende?

Am 26. November tut jeder Bürger gut daran, an den Abstimmungen teilzunehmen. Die beiden Vorlagen, über welche zu entscheiden ist, kosten zusammen fast 2 Milliarden Franken: die erste Kohäsionszahlung an die EU sowie die Schaffung von Bundeskinderzulagen. Verantwortlich für diese finanzpolitischen Abenteuer ist einmal mehr die Koalition aus SP, CVP und FDP. Völlig unverständlich ist, dass die Wirtschaftsverbände nach anfänglicher Opposition nun plötzlich für die Kohäsionszahlungen eintreten – in totalem Widerspruch zu ihrer Finanzpolitik.

Das Osthilfegesetz schafft für Bundesrat und Parlament einen Freipass für Kohäsionszahlungen an die EU. Im ersten Schritt geht es um die Zahlung von 1 Milliarde Franken an die neuen EU-Länder. Der Bundesrat versprach, diese Zahlung vollumfänglich bei anderen Beiträgen ans Ausland einzusparen. Dieses Versprechen wird nicht eingehalten. Da im Gesetz nicht einmal ein konkreter Beitrag über die zu leistende Zahlung steht, können Bundesrat und Parlament sogar jederzeit zusätzliche Kohäsionszahlungen leisten. Eine weitere Zahlung von 350 Millionen Franken wurde der EU bereits in Aussicht gestellt.

Weitere Zahlungen bereits im Visier

Die EU-Erweiterung ist noch nicht abgeschlossen: Bereits 2007 sollen Rumänien und Bulgarien EU-Mitglieder werden. Im Hinblick darauf erwartet die EU eine weitere Zahlung von der Schweiz in der Höhe von 350 Mio. Franken. Diese wurde der EU bereits in Aussicht gestellt. Das ist möglich, weil der konkrete Betrag der Zahlungen im vorliegenden Gesetz bewusst offen gelassen wurde. Damit hätte das Volk zu solchen Zahlungen nichts mehr zu sagen. Zusätzliche, neue Zahlungen müssten wohl auch bei einem Beitritt der Türkei und der Balkan-Staa-

ten (Ex-Jugoslawien) erfolgen. Das vorliegende Gesetz ist nichts anderes als ein Freipass für weitere Zahlungen an die EU: Die Schweiz wird damit bei jeder künftigen EU-Erweiterung erpressbar. Dabei braucht die Schweiz kein schlechtes Gewissen zu haben: Seit 1990 haben wir freiwillig 3,4 Mia. Franken für die Entwicklungshilfe nach Osteuropa bezahlt (Osthilfe) – über 200 Mio. Franken im Jahr!

Unakzeptables Vorgehen des Bundesrates

Bereits im Mai 2004 hat der Bundesrat der EU ohne Rechtsgrundlage den Beitrag von 1 Milliarde Franken versprochen. Es ist nicht in Ordnung, dass der Bundesrat solche Zahlungen verspricht und Parlament und Volk die nötige Rechtsgrundlage dazu erst im Nachhinein vorlegt. Der Bundesrat hat Parlament und Volk vor vollendete Tatsachen gestellt – in der Hoffnung, dass niemand wagt, die Versprechungen gegenüber der EU zu widerrufen. Dies ist in einer Demokratie nicht akzeptabel.

Steuererhöhungen für Milliardenzahlungen?

Ursprünglich hat der Bundesrat versprochen, die Milliarde bei anderen Zahlungen ans

Ausland einzusparen. Das Volkswirtschaftsdepartement (EVD) und das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) sollten je die Hälfte beitragen. Die Parlamentsmehrheit jedoch lehnte diesen Vorschlag ab und wollte keine Kompensation beim EDA und EVD. Laut einem Vorstoss der damaligen Nationalrätin Doris Leuthard soll diese Kohäsionszahlung auch nicht bei der Entwicklungshilfe eingespart werden. Die Milliarde soll zusätzlich zu den heutigen Ausgaben gezahlt werden. Diese Zusatzkosten müssen weitgehend durch zusätzliche Steuern sowie durch Zahlungen aus anderen Departementen zusammengetragen werden – das heisst: weitere Einsparungen beim Militär, bei der Landwirtschaft, im Verkehrsbereich etc. Die andere Möglichkeit: Die Schulden steigen weiter an, denn alle Staatsausgaben bedeuten letztlich neue Steuern. Wollen wir das wirklich?

Schuldenwirtschaft gefährdet Arbeitsplätze

Der Bund hat heute schon über 130 Mia. Franken Schulden. Jeden Tag zahlen wir dafür 9,8 Mio. Franken Schuldzinsen! Dies rührt daher, dass der Bund in den vergangenen Jahren immer mehr ausgegeben als eingenommen hat. Unter Führung der Linken und der Mitteparteien sind die Staatsausgaben seit



► Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP

1980 (17,8 Mia. Franken) und 1990 (31,6 Mia. Franken) bis heute auf über 50 Mia. Franken angestiegen! Die Ausgaben haben sich also verdreifacht. Und nun sollen wir noch einmal 1 Milliarde Franken an die EU zahlen, ohne dass dieses Geld anderswo eingespart wird? Diese Schuldenwirtschaft können wir uns nicht länger leisten: Die katastrophale Situation der öffentlichen Finanzen verschlechtert die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, gefährdet Arbeitsplätze und verbaut unseren Nachkommen die Zukunft.

Was passiert bei einem Nein?

Die Bilateralen Verträge sind mit einem Nein zur Vorlage nicht gefährdet, da die Kohäsionszahlungen nicht Inhalt dieser Verträge sind. Mit einem Nein zum Osthilfegesetz wird aber eine bessere Ausgangslage geschaffen. Der Bundesrat muss dem Parlament eine neue Vorlage vorlegen, welche die Kohäsionszahlung auf 1 Milliarde Franken begrenzt und vollumfänglich kompensiert. Die Versprechen an die EU werden also nicht gebrochen. Weiteren Milliardenzahlungen jedoch wird ein Riegel geschoben. Der Bundesrat kann der EU künftig keine weiteren Zahlungen versprechen, ohne vorher das Parlament bzw. das Volk zu befragen. ◀

Jugendgewalt: Grundsatz der Nulltoleranz

Kriminalstatistiken, die wir bis heute kennen und die mit viel Aufwand erstellt und gepflegt werden, sind nur begrenzt nützlich, um das Phänomen Jugendgewalt differenziert verstehen und bewerten zu können. Art und Umfang der registrierten Kriminalität werden vom Anzeigeverhalten der Bevölkerung sowie von der Strafverfolgung durch die Polizei bestimmt. Fakt ist aber, dass jede einzelne Gewalttat von den Bürgerinnen und Bürgern zu Recht verurteilt wird und sie dem Zusammenleben in keiner Weise förderlich ist.

Angst im eigenen Land zu haben, verträgt sich schlecht mit Heimatgefühlen. Ist es Langeweile, Kick, Geldnot, Dummheit oder fehlende familiäre Strukturen, die Jugendliche dazu veranlassen im Überraschungseffekt wehrlose Opfer zu überfallen und sie wegen Handy und Bargeld körperlich dermassen herzurichten, dass diese unter Umständen fürs Leben gezeichnet sind oder gar ihr Leben verlieren? Sind die Worte Respekt und Anstand Auslaufmodelle und ihrer Bedeutung gänzlich unbekannt? Die zunehmende Skrupellosigkeit hat ein alarmierendes Mass erreicht, das nicht weiter hingenommen werden darf.

Auch einige von uns haben in der Kindheit oder Jugend wohl Streiche gespielt. Aber diese Aktionen hatten meist keinen oder zumindest keinen grossen finanziellen Schaden

zur Folge und die Gesellschaft musste diese nicht begleiten. Körperverletzungen in der momentan verbreiteten Form waren kaum zu verzeichnen. Wohin führt das heutige Ausmass der Jugendgewalt? Sind wir an einem Punkt angelangt, wo wir es einfach als Teil der Gesellschaft akzeptieren müssen? Meist passiert diesen Straftätern nichts und sie werden für ihr Handeln nicht in genügendem Masse zur Rechenschaft gezogen. Was ist also zu tun?

Politiker, Soziologen, Psychologen und viele Bürger stehen vor der schwierigen Frage, wo der Hebel anzusetzen ist. Es ist kein einfaches Unterfangen und ich appelliere an die Eigenverantwortung der Jugendlichen, der familiären Kontrolle und darauf, dass sich diejenigen der Konsequenzen bewusst sind, die sie zu tragen haben, wenn sie

Gewaltdelikte in irgendeiner Form begehen. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass sich Probleme mit Gewalt lösen lassen. Heute nicht und auch nicht in hundert Jahren. Die Verurteilungen von Jugendlichen wegen Gewaltdelikten hat sich leider in den vergangenen fünfzig Jahren verzehnfacht. In der Schweiz werden täglich bis zu drei Körperverletzungsdelikte durch Jugendliche begangen. Von den sinnlosen Sachbeschädigungen ganz zu schweigen.

Während einheimische Jugendliche aber kaum häufiger zur Kriminalität neigen als früher, wird die Jugendgewalt stark von Ausländern und Eingebürgerten geprägt. Wer sich als Gast in einem fremden Land befindet, sollte sich an die Gesetze und gesellschaftlichen Normen halten. Eine konsequente Durchsetzung der Gesetze ist daher



► Caroline Furrer, Kandidatin Kantons- und Gemeinderat, Hünenberg (ZG)

dringend anzustreben. Ausländische Jugendliche, die sich nicht an Gesetz und Ordnung halten und von ihren Eltern nicht unterstützt werden, müssten mitsamt der Familie unser Land verlassen. Es kann nicht sein, dass wir alle hier behalten, die sich nicht benehmen. Sie schaden all jenen fremden Menschen und Landsleuten, die in der Not zu uns gekommen sind, die sich loyal und anständig aufführen und Teil unserer Gesellschaft sind. Eigenverantwortung, Leistung, Kommunikation, Respekt und Anstand sind Wegbereiter zum Erreichen von Zielen und zur Lösung von Problemen. Nichts tun und wegschauen löst das Problem der Jugendgewalt nicht. Eigenverantwortung und Engagement sind Schlagworte der Zukunft. ◀

Hotel
Alpenblick
Fieschertal

ALETSCH **GOMS**
Brig-Wallis-Schwarz WALLIS VALAIS

Gutschein

Zeigen Sie diesen Gutschein und übernachten Sie im DZ zum SVP-Spezialpreis von:

Fr. 50.-
pro Person/Nacht

- Übernachtung mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage
(Weihnacht- und Silvesterwoche ausgenommen)

Wellness-Hallenbad-Sauna
Aromadampfbad-Whirlpool

Fam. Holzer Fabian 3964 Fieschertal
Tel. 0279701660 Fax. 0279701665
www.hotelalpenblick.ch
alpenblick@rhone.ch

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik



STIFTUNG
FÜR BÜRGERLICHE
POLITIK

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die „Stiftung für bürgerliche Politik“ ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung

auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031/300'58'58).

Impressum SVPja

Herausgegeben von der Stiftung SVP-Parteizeitung - Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion: Simon Glauser, Chefredaktor

Anzeigenverwaltung: Simon Glauser, Telefon 031 300 58 53, Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Postadresse:

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, Mail svpja@svp.ch

Abonnementspreise: Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.- Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung: Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck: Zofinger Tagblatt AG, ztprint, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen, Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen: siehe Adresse **„Druck“** oder Mail an zollinger@svp.ch

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerail.ch
www.stadlerail.com





Zum Abschied von Hermann Weyeneth



Den Geburtstag 26. Juli 1943 teilen sich zwei bekannte Persönlichkeiten. Beide blühen auf ihren Bühnen auf - seit Jahrzehnten. Beide sind auch bei hoher Geräuschkulisse im Element - seit Jahrzehnten. Und beide versuchen, stets den richtigen Ton zu treffen - und seit Jahrzehnten gelingt es ihnen - meistens. Der eine ist nicht immer nett, aber immer Weyeneth. Und der andere ist seit gut 40 Jahren auf der Suche nach „satisfaction“. Hermann Weyeneth und Mick Jagger haben im Kanton Bern wohl etwa denselben Bekanntheitsgrad. Weltweit eher nicht. Dafür ist Hermann zweifellos der Hübschere - was aber auch nicht besonders schwierig ist...

Eckig und direkt, unbequem und gescheit, original und originell - so kennt man dich seit Jahrzehnten in der Politik, lieber Mändu. Du beeindruckst durch dein politisches Gespür, wirkst durch deinen „träfen“ Witz einnehmend. Wie kaum ein anderer kannst du mit einfachen Fragen auf Schwachstellen in Abläufen und Organisationen hinweisen: in den 80ern im Zuge der Finanzaffäre, in den 90ern in bäuerlichen Verbänden und verwandten Organisationen, in den letzten Jahren u. a. als Präsident der Sonderkommission zur NFA. Dafür erntest du Lob oder zumindest Achtung. Aber nicht nur. Neider und Gegner gibt es überall. Aber, und diesen Grundsatz lebst du, in der Politik muss man nicht geliebt werden, sondern respektiert.

Über deine politische Karriere gäbe es vieles zu berichten. Dies werde ich aber nicht tun, denn schliesslich handelt es sich hier Gott sei Dank nicht um einen Nachruf, sondern ich möchte Dank und Anerkennung aussprechen.

Als umsichtiger Präsident bist du verbunden und vertraut mit den einzelnen Strömungen der Berner SVP. Dafür gebührt dir ganz besonderer Dank. Verbunden und vertraut bist du jedoch nicht nur mit der Partei, sondern generell mit dem politischen Bern: Während Jahrzehnten konnten und können die Bürgerinnen und Bürger von deinem politischen Gespür im Rat- und Bundeshaus profitieren. Seit 1979 ununterbrochen im politischen Bern tätig. Geachtet, geschätzt, gehört. „Machs na“ ist in den Sandstein des Berner Münsters gemeisselt. „Machs na“.

Nun trittst du in die nächste Phase deiner Tätigkeit. Leben heisst immer auch ein wenig loslassen. Wer dich kennt, erahnt, dass der Schmid das einfacher sagt als es der Weyeneth dann tut. Hermann Weyeneth: Verbunden und vertraut mit uns Bernerinnen und Bernern. Wir danken dir dafür!

Samuel Schmid, Bundesrat

Nationalrat Ruedi Joder neuer Kantonalpräsident



Das Amt des Parteipräsidenten habe ich mit dem Willen angetreten, zur Erreichung der folgenden Ziele beizutragen:

1. Ein gutes Resultat bei den National- und Ständeratswahlen 2007 für die SVP-Kanton Bern.
2. Erfolg bei den Regierungs- und Grossratswahlen 2010.
3. Eine Erhöhung des Mitgliederbestands der SVP-Kanton Bern.

Um dies zu erreichen, ist politisch und organisatorisch viel Arbeit zu leisten. Zurzeit besuche ich die 26 SVP-Amtsverbände. Dabei werden engagierte Diskussionen geführt und interessante Vorschläge gemacht. Diese Kontaktnahme ergibt ein solides Fundament für die künftige Partearbeit. Es geht darum, mehr zu politisieren und die Anliegen, Sorgen und Probleme der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen, konkrete Lösungsvorschläge auszuarbeiten und diese auf politischem Wege umzusetzen. In vielen Bereichen sind wir stark gefordert: bei der Neugestaltung der Landwirtschaftspolitik (AP 2011), der Bekämpfung der steigenden administrativen Belastung der Gewerbebetriebe, der Gestaltung guter wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen, der Sicherstellung einer qualitativ guten Spitalversorgung und dem Ausbau der Langzeit- und Spitexpflege, beim Bekämpfen der ansteigenden Krankenkassenprämien, der Schaffung neuer Arbeitsplätze und genügender Ausbildungsmöglichkeiten oder bei der familienexternen Kinderbetreuung.

Es geht darum, neben der Rückgewinnung der Stammwählerschaft auf dem Lande auch in den Agglomerationen und städtischen Gebieten vermehrt Fuss zu fassen. Die wichtigsten Termine sind bereits festgelegt. An der nächsten Delegiertenversammlung vom 25.10. werden wir über eine politische Standortbestimmung und die Listengestaltung für die Nationalratswahlen zu befinden haben. Da unser bisheriger Ständerat Dr. Hans Lauri auf eine Wiederkandidatur verzichtet hat, muss an der gleichen DV seine Nachfolge geregelt werden. An der DV vom 5.12. werden die Nationalratskandidatinnen und -kandidaten nominiert. Die personelle und organisatorische Ausgangssituation für die Wahlen 2007 kann so möglichst frühzeitig geklärt werden, damit wir im nächsten Jahr genügend Zeit für die politische Arbeit haben.

Unsere Partei geht einer anforderungsreichen Zeit entgegen. Diese wollen wir mit Engagement und Optimismus angehen. Ich danke jetzt schon allen Parteimitgliedern für ihren Grosseinsatz im Dienste der Bernischen SVP!

Auf zur Herbstwanderung - mit dem praktischen SVP-Rucksack!

..... Expl. Rucksack	robust und praktisch, für sie und ihn!	Fr. 25.--
..... Expl. Seiden-Foulard	Stilvoll und diskret für die Partei werben!	Fr. 79.--
..... Expl. Sitzungsmappe	schwarzes Kunstleder, A4, diskrete Logo-Prägung	Fr. 49.--
..... Expl. Pin	ab 10 Stk./Fr. 4.--	Fr. 5.--
..... Expl. Polo-Shirt	<input type="checkbox"/> dunkelblau <input type="checkbox"/> weiss / Grösse (S, M, L)	Fr. 40.--
..... Expl. Post-it	Block à 50 Blatt	Fr. 2.--
..... Expl. Offiziersmesser	Original Victorinox	Fr. 20.--
..... Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.--
..... Expl. Jass	<input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> deutschschweiz	Fr. 3.--
..... Expl. Ballone	Sack à 50 Stück	Fr. 40.--
..... Expl. Kugelschreiber		Fr. 2.50



Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Die Wettbewerbs-Gewinner aus der Ausgabe Nr. 08 / 2006

Ein neues SVP-Feuerzeug gewonnen haben:

Walter Imgrüth, Niederwil / Johanna Kneubühler, Aesch / Hans Burger, Reutigen

Gesucht wurde Ständerat Christoffel Brändli, Landquart (GR)



Wettbewerb

Welcher eidg. Parlamentarier verbirgt sich hinter diesem Bild?



Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 3 praktische SVP-Rucksäcke

Kleiner Tipp:
Der gesuchte Parlamentarier ist in dieser Ausgabe abgebildet.

Lösung

Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Einsendeschluss: Freitag, 13. Oktober 2006



Parteispitze der SVP Schweiz in Schaffhausen

Die nächsten Wahlen kommen bestimmt! Die ersten im Herbst 2007, wenn es um die Wahl in's eidgenössische Parlament geht. Dannzumal müssen die Volksvertretungen in den National- und in den Ständerat gewählt werden.



Von Seiten der schweizerischen SVP schafft man schon seit längerer Zeit auf diesen Zeitpunkt hin. Und es ist guter alter Brauch, dass die Parteispitze alle kantonalen Sektionen besucht, von ihnen über den Stand der Dinge orientiert werden will und ihnen Ratschläge erteilt. So geschehen Mitte dieser Woche in Schaffhausen. Zu Besuch waren Parteipräsident Ueli Maurer, Generalsekretär Gregor Rutz, dessen Stellvertreterin Aliko Panayides sowie die für die Koordination für Frauenfragen zuständige Ilse Kaufmann. Die Schaffhauser Delegation wurde angeführt von Kantonalpräsident Werner Bolli und Fraktionschef Markus Müller. Mit dabei auch eine Vertretung der SVP-Frauen sowie der Jungen SVP. – Natürlich wurde dabei über mögliche Kandidatinnen und Kandidaten diskutiert. Erste diesbezügliche Weichen sind gestellt. Als nächster Schritt sollen nun die Parteiorgane darüber orientiert werden.

Die SVP Schaffhausen unterstützt den Sport

Ihre Vielseitigkeit haben die SVP des Kantons Schaffhausen und ihre Sektion Stetten kürzlich einmal mehr bewiesen. Am Samstag waren sie am Schaffhauser Triathlon im Einsatz, am Sonntag ging's beim kantonalen Schwingertag sportlich weiter.



► Siegesbild mit Muni: In der Mitte Festsieger Stefan Fausch mit "Muni Franz", links Mitorganisator Fredy Stamm (SVP Stetten) und rechts OK-Präsident Thomas Hurter (SVP Schaffhausen)

Der kantonale Schwingertag fand in Stein am Rhein statt. Organisiert vom kantonalen Schwingerverband in Zusammenarbeit mit der SVP des Kantons Schaffhausen. Das OK wurde präsiert von SVP-Kantonsrat Thomas Hurter, unterstützt von Sektionspräsident Fredy Stamm. Aber nicht nur das. Auch dem grosszügigen Gabentempel des Anlasses drückten sie den Stempel auf: Die SVP Stetten spendete den Siegespreis, den 'Muni Franz'. Ein stattlicher 'Kerl', der noch am Sonntagabend mitsamt seinem Gewinner und Festsieger Stefan Fausch eine lange Reise ins Bündlerland unternehmen durfte. Zugegen waren übrigens auch einige SVP-Nationalräte aus benachbarten Kantonen: Toni Brunner, Ueli Schlüer, Bruno Zuppiger sowie Ständerat Hannes Germann.

Fazit: Eine politische Partei ist durchaus in der Lage, auch ausserhalb des politischen Parketts tätig zu sein. Gewinner davon sind alle: die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Wettkämpfe genauso wie die Mitglieder der Partei. Denn sie alle haben die Gewissheit, zusammen etwas erreicht zu haben – und erst noch erfolgreich!

Kurt Schönberger, Parteisekretär

Ihr Inserat im SVPja - immer ein Erfolg!

Linke Gruppierungen und Demokratie...

Ich zweifle heute sehr daran, dass der Begriff Demokratie Bestandteil des Wortschatzes oder etwa des Wörterbuches extremer Linksgruppierungen ist. Was in den letzten Wochen im Kanton Jura geschehen ist, untermauert meine Feststellung.

Nach einer angenehm verlaufenen Zusammenkunft mit den Vertretern der Gemeinde Bassecourt im vergangenen Juli hat die SVP Schweiz einen rechtsgültigen Vertrag für die Miete der Festhalle des Dorfes für den 30. September 2006 unterschrieben. Auf dieses Datum hin war die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz anberaumt, was den Behörden von Bassecourt formell mitgeteilt worden war. Mitte August fand dann eine Zusammenkunft mit der jurassischen Kantonspolizei statt. Diese sprach von Anfang an von der Notwendigkeit, für die sichere Durchführung unserer Veranstaltung Verstärkung von ausserhalb anzufordern. Dabei dachte die jurassische Kantonspolizei an die Kantone Neuenburg und Freiburg. Das Ganze begann sich einzuspielen und dies unter Berücksichtigung der Ankündigung links-extremer Gruppierungen, sie würden reagieren.

Urplötzlich überraschte die Gemeinde Bassecourt mit

dem Entscheid: „Die Gemeinde lehnt es definitiv ab, die Veranstaltung der SVP Schweiz auf ihrem Gemeindegebiet zu organisieren.“ Als Hauptgründe für ihren Entscheid nannte die Gemeinde die Sicherheit der Bevölkerung sowie die vom Kanton geforderte finanzielle Beteiligung, die sie sich nicht leisten könne. Die Gemeinde blieb bei ihrem Entscheid, und dies trotz der Interventionen der Kantonsregierung und trotz unseres via Medien gemachten Vorschlages, mit den angesagten Demonstranten nach der Versammlung zu diskutieren, falls diese es wünschten. Damit wären die Demokratie und die freie Meinungsäusserung respektiert worden. Der Kanton machte der SVP Schweiz in der Folge mehrere Vorschläge, die Delegiertenversammlung anderswo im Jura durchzuführen. Diese Vorschläge konnten allerdings aus Gründen der Infrastruktur und der Zufahrtsmöglichkeiten nicht berücksichtigt werden.

Wir stossen uns aber an der Grundhaltung. Sie sind überzeugt – wenn ich sage „sie“, meine ich nicht nur die links-extremen Gruppierungen, weil dies offenbar auch die Meinung des Zürcher SP-Nationalrates Andreas Gross ist („Le Temps“ vom 15.09.06) –, dass das jurassische Volk den „Mut“ gehabt habe, seine Unzufriedenheit mit der SVP Schweiz zum Ausdruck zu bringen. Dabei vergessen sie allerdings, dass die Schweizerische Volkspartei 26 bis 27 Prozent der Wählerschaft unseres Landes ausmacht. Unsere Absicht, den Kanton Jura auf unsere Art zu fördern, wird von der Linken zunichte gemacht. Unsere Glückwünsche zu Eurer Widersprüchlichkeit und zum Entschluss, endlich Euer wahres Gesicht zu zeigen.

Kurz: Wegen übertriebenen, aber offensichtlich eindrücklichen Drohungen durch linke Gruppierungen ist es der grössten Regierungspartei der Schweiz nicht erlaubt, ihre Delegiertenversammlung im



► Gilberte Demont,
Kordinatorin SVP Westschweiz

Kanton Jura durchzuführen. Wir leben im Jahr 2006 und das in einem demokratischen Land. Die erste menschliche Reaktion auf ein derartiges Szenario ist das Gefühl einer Machtlosigkeit und der Auflehnung angesichts derartiger Ungerechtigkeiten. Wenn ich die ganze Angelegenheit mit einem gewissen Abstand betrachte, bin ich umso überzeugter davon, dass das Grundproblem schwer wiegend ist. Wenn unsere Freiheiten und unsere Volksrechte dermassen mit Füßen getreten werden, bin ich der Auffassung, dass unser Land in Zukunft in seiner Gesamtheit gefährdet ist. ◀



**Nicht
vergessen!**

**SVP-Delegiertenversammlung
Sa., 30. September 2006
Luxory Grenchen (SO)**



*Am Anfang
jeder starken
Werbung steht
das Inserat!*

**Inseratetarif
auf www.svp.ch**